

## KANN FRANKREICH NOCH GERETTET WERDEN?

Ende August 2025 hat der französische Ministerpräsident angekündigt, am folgenden 8. September die Vertrauensfrage zu stellen. Konkret geht es darum, im Parlament eine Mehrheit für Einsparungen in der Höhe von € 44 Milliarden zu finden. Francois Bayrou begründet diesen Schritt damit, dass das Land wirtschaftlich am Abgrund steht. Tatsächlich beträgt die Staatsverschuldung 114 % des Bruttoinlandsprodukts, Tendenz steigend. Während also Regierungschefs meistens bemüht sind, ihre Politik und die daraus resultierenden Gegebenheiten in rosigen Farben erscheinen zu lassen, ist die französische Regierung nunmehr gezwungen, die Bevölkerung mit dem Ernst der Lage zu konfrontieren: Schon seit Jahren können die Maastricht-Kriterien nicht eingehalten werden. Budgetdefizit, Inflation und Staatsverschuldung sind viel zu hoch. Man ist in einer Situation, wie sie noch vor einigen Jahren Griechenland erfahren musste, als ausländische Gläubiger die Politik bestimmten. Bayrou selbst hat Frankreich mit einem Schiff verglichen, dem der Untergang droht.

Erwartungsgemäß wurde die Regierung gestürzt. Bei der am 8. September 2025 vom Ministerpräsidenten selbst verlangten Vertrauensabstimmung wurde er nur von 194 Parlamentariern unterstützt, 364 stimmten für seinen Rücktritt. Man hat Bayrou das Argument, für die katastrophale wirtschaftliche Situation wäre nicht die Regierung, sondern vielmehr die Franzosen selbst verantwortlich, die eben immer mehr Ausgaben wollten, nicht abgenommen.

Aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nur das eine Problem, das ganze politische System ist in einer Krise. Nach den für ihn verlorenen Europawahlen traf Präsident Emmanuel Macron im Juni 2024 die fatale Entscheidung, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Bei diesen erhielt das von Marine Le Pen angeführte Rassemblement National im ersten Wahlgang mit 33 % die meisten Stimmen; die linke Neue Volksfront erhielt aufgrund von Koalitionsabsprachen die meisten Sitze, 180 von 577; Parteien, die den Präsidenten unterstützten, verloren dramatisch und erreichten zusammen gerade noch 20 % der Stimmen. Die politische Instabilität des Landes erreichte damit eine neue Dimension. Mit Francois Bayrou hatte Frankreich den vierten Ministerpräsidenten seit 2022.

Das große Problem dabei ist, dass nicht nur einzelne politische Maßnahmen umstritten sind, immer mehr Franzosen lehnen das gesamte politische System ab. Auf der Linken mobilisiert Jean-Luc Melanchon in seiner Bewegung „La France insoumise“ (LFI) seine Anhänger für einen stärkeren Sozialstaat, ein besseres Gesundheitssystem, für eine Akzeptanz der Migration. Er ist für eine ökologische Planwirtschaft und fordert eine „VI. Republik“, in der auch die direkte Demokratie verstärkt verankert werden soll. Sehr explizit ist LFI in der Migrationspolitik. Melanchon spricht nicht nur offen davon, dass ein Bevölkerungsaustausch stattfindet, er begrüßte diesen auch. Dies etwa mit dem Hinweis, dass es gut ist, dass sich die Gesellschaft verändert. „Das unter Ludwig XIV gesprochene Französisch würde heute niemand mehr verstehen“.

Was sehr wohl stattgefunden hat, ist ein weitgehender Austausch der Wählerschaft, verbunden mit einer Veränderung der jeweiligen politischen Positionen. Melanchon hat eine starke Anhängerschaft in den Banlieues, in den Vororten, gefunden, wo die, vielfach aus Nordafrika zugewanderten Migrantenfamilien wohnen. Marine Le Pen und ihrem „Rassemblement National“ wiederum ist es gelungen, Mandate in jenen Regionen zu gewinnen, die früher von linken Parteien dominiert waren.

Diese Neuorientierung hat zu einer weiteren Neupositionierung geführt. Wurde Marine Le Pen die längste Zeit, noch in der Tradition ihres Vaters, Antisemitismus vorgeworfen, so muss sich jetzt Melanchon, vor allem im Zusammenhang mit seiner Pro-Palästinenser-Politik diesen Vorwurf gefallen lassen. Marine Le Pen hat sich hingegen an der großen Demonstration gegen den Antisemitismus beteiligt und der Vorsitzende ihrer Partei, Jordan Bardella, wurde sogar nach Israel eingeladen.

Weitgehende Übereinstimmung zwischen der radikalen Rechten und der radikalen Linken gibt es dahin, dass beide Bewegungen das derzeitige politische System ablehnen. Große Übereinstimmung gibt es auch in der Gegnerschaft gegen den von Brüssel ausgeübten EU-Zentralismus. Die gesamte gesellschaftliche Ordnung wird als äußerst ungerecht angesehen und sollte unbedingt zu Gunsten der benachteiligten Schichten der Bevölkerung geändert werden. Die Schwierigkeit dabei besteht darin, dass die französischen Sozialausgaben mit 34 % des Bruttoinlandsprodukts ohnehin schon im europäischen Spitzenfeld liegen. Dessen ungeachtet verlangen Melanchon und Le Pen grundlegende Korrekturen. Für LFI sollen die Mittel dafür durch eine stärkere Besteuerung „der Reichen“ dafür aufgebracht werden, für Le Pen durch Einsparungen bei der Ausländerpolitik.

Große Übereinstimmung besteht in der Ablehnung von Präsident Emmanuel Macron, dessen Zustimmungsrate tatsächlich unter 30 % gefallen ist. Macron wurde 2017 aufgrund seiner grundsätzlich richtigen Idee gewählt, dass zwischen Mitte-rechts und Mitte-links ein gemeinsames Programm möglich sein soll. Tatsächlich hat er dann in seiner Politik, wenn er eine Sache vertreten hat, immer wieder auch das Gegenteil davon gesagt und getan; sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik.

Diese Widersprüchlichkeit zeigte sich sehr deutlich auch in der Europapolitik von Macron. In einer groß angelegten Rede im September 2017 hat er von den Vorteilen einer „europäischen Souveränität“ gesprochen, die „Europäer“ haben ihn gefeiert. Er hat auch verlangt, eine „Europa-Armee“ aufzustellen. Dabei kann man wohl sagen, dass eine europäische Souveränität im Verteidigungsbereich gerade in Frankreich heute mehr Wunschdenken als Wirklichkeit ist. Und auch Emmanuel Macron hat in keiner Weise angedeutet, dass er die Entscheidung über einen Einsatz der französischen „Force de frappe“, also der eigenen Atomwaffen, mit anderen Ländern teilen möchte. Es ist auch keine Rede davon, dass der ständige Sitz Frankreichs im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen der Europäischen Union übertragen würde.

Macron hat auch eine „wirtschaftliche Souveränität Europas“, eine „europäische Industriepolitik“ gefordert und von einer europäischen Souveränität bei Klima und Energie gesprochen. Bei der Umsetzung der Politik in diesen Bereichen standen dann aber immer die nationalen Interessen im Vordergrund. Und obwohl die

Landwirtschaft von Beginn an ein Teil einer gemeinsamen europäischen Politik war, heißt das französische Landwirtschaftsministerium heute „Ministère de l’Agriculture et de la Souveraineté alimentaire“:

Nicht nur aus der Sicht der Opposition haben sich die Lebensbedingungen in Frankreich in wesentlichen Bereichen verschlechtert, von der Sicherheit im Inneren bis zu den Schulen, wo die Lehrer fehlen; von der illegalen Migration bis zur wachsenden Macht der Drogenbanden. Manche sprechen schon von einer „Mexikanisierung“ Frankreichs. Dazu kommen außenpolitische Rückschläge wie in Afrika, Unruhen in den Überseegebieten und Spannungen mit Ländern wie Algerien. In dieser Situation hat sich der amtierende Staatspräsident weitgehend von der französischen Innenpolitik verabschiedet. Er tritt als Vorkämpfer im Krieg gegen Russland zur Rettung Europas auf. Er nennt den russischen Präsidenten „ein Ungeheuer“ und „ein Raubtier“, so als würden diese Beschimpfungen irgend ein Problem lösen.

Tatsächlich wird die Lösung aller Probleme dadurch erschwert, dass das Wort „Kompromiss“ in der politischen Diskussion Frankreichs ein Fremdwort ist. Auch die „Sozialpartner“ sind davon überzeugt, dass es um Klassenkampf geht. Und Reformen werden schon deshalb abgelehnt, weil es doch letztlich um „eine große Revolution“ gehen muss und nicht um kleinliche Korrekturen eines Systems, dass man ohnehin ablehnt.

Gibt es eine Rettung? Diese könnte vielleicht eine charismatische Persönlichkeit bringen. Viele Franzosen halten Napoleon noch immer für den Größten aller Zeiten. In der jüngeren Geschichte hat Charles de Gaulle zweimal das Land gerettet. Aber selbst er hat, nachdem er jedes Mal zur Aufgabe seiner Mission gezwungen worden war, nüchtern festgestellt: „ein Land mit 100 Kathedralen, das von 200 Familien beherrscht wird und 300 Käsesorten erzeugt, kann man nicht regieren“.

*(\*) Dr. Wendelin Ettmayer, ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland/Estland;  
Kanada/Jamaika; beim Europarat; Abgeordneter zum Nationalrat; Autor;  
[www.wendelinettmayer.at](http://www.wendelinettmayer.at)*